



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

8/IV/95

Hannover, 10. August 1949

Der Verfasser dieses Aufsatzes ist an hervorragender Stelle in der Flüchtlingsabteilung des Ökumenischen Rates, Genf, tätig. Er hat im Februar des Jahres an der Flüchtlingskonferenz des Rates in Hamburg teilgenommen und dabei seine Autorität als Kenner des Flüchtlingswesens unter Beweis gestellt.

Die Flüchtlingsfrage - international gesehen

Von Oberkirchenrat H. Kloppenburg, Genf

Im Juni 1949 hat das amerikanische Repräsentantenhaus beschlossen, eine besondere Studienkommission für Flüchtlingsfragen nach Europa zu entsenden. In dieser Entschliessung ist bemerkenswert, dass unseres Wissens zum ersten Mal in einer amtlichen Entschliessung im amerikanischen Parlament die Anwesenheit von "über zehn Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands, Österreichs und in Italien" erwähnt wird. Seit der Flüchtlingskonferenz des Ökumenischen Rates in Hamburg im Februar 1949 beschäftigt sich nun endlich die internationale Öffentlichkeit mit dem Vertriebenenproblem, das durch die Beschlüsse von Jalta, und Potsdam die uns bekannten furchtbaren Ausmasse angenommen hat. Die Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen hat Anfang August in Chichester ebenfalls ihre Stimme erhoben und der Bevölkerung und den Regierungen die steigende Beunruhigung vorgehalten, die durch die ungeklärte Flüchtlingsnot in Verbindung mit der Demontage usw. im Herzen Europas besteht. Man beginnt im Ausland also, das Problem und die Not deutlich zu sehen, aber man sieht noch nicht deutlich genug die ungeheure Dringlichkeit dieser Nöte. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit, und es ist noch nicht entschieden, wie dieser Wettlauf endet. Die zunehmende Verzweiflung und die daraus folgende Radikalisierung weiter Flüchtlingsgruppen ist angesichts der Langsamkeit der Entwicklungen vollauf verständlich.

Während man aber im Hinblick auf die internationale Situation von einem wachsenden Verständnis reden kann und die Aussichten auf durchgreifende Massnahmen auf lange Sicht durchaus günstig sind, muss man feststellen, dass in Deutschland selber eine ganze Reihe hemmender Momente auftreten. Es besteht kein Zweifel, dass die amerikanische Marshallplan-Verwaltung bereit ist, in demselben Sinne, wie es auch die Hamburger Flüchtlingskonferenz forderte, aus den in Deutschland vorhandenen Gegenwertkonten einen erheblichen Teil zur Förderung kleinerer Flüchtlingsbetriebe und zur Behebung der Notstände in besonders betroffenen Gebieten freizugeben. Bestimmte Pläne, die auf

verschiedenen Wegen eingereicht sind, liegen vor und haben positiven Eindruck gemacht. Die Schwierigkeiten entstehen bei der Aufteilung der Summen. Die Marshall-Plan-Verwaltung erwartet mit Recht, dass die deutschen Partner sich auf ein durchführbares Programm einigen. Und hier entstehen die Gegensätze. Die eine Seite sagt: Unterstützt die bereits bestehenden wirtschaftlichen Unternehmungen; dann löst sich durch deren Ausbau die Flüchtlingsnot von selbst. - Die andere Seite, vor allem vertreten durch das Frankfurter Amt für Fragen der Heimatvertriebenen, sagt: Man muss bei sorgfältiger Planung besonders die neu entstehenden, wirtschaftlich noch schwachen Flüchtlingsbetriebe berücksichtigen. - Das letztere ist zweifellos richtig. Es ist zu einfach, anzunehmen, dass ein Wiederaufblühen der bereits bestehenden Industrien automatisch die Flüchtlinge in Arbeit bringen würde, und dass die wesentliche Unterstützung von Flüchtlingen infolgedessen im Wohnungsbau zu bestehen habe. Wer meint, die Lösung des Flüchtlingsproblem so dem freien Spiel der Kräfte überlassen zu sollen, macht notwendigerweise die Millionenzahl der Flüchtlinge zur "industriellen Reservearmee" dieses Jahrhunderts. Es ist unmöglich, die Vertriebenen dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Das würde für sie als die wirtschaftlich Schwächeren eine erneute Benachteiligung gegenüber den Alteinwohnern der Westzonen und einen weiteren Schritt zur Verelendung bedeuten. Es erscheint von hier aus gesehen bedauerlich genug, dass ein Teil der politischen Parteien vor den Wahlen sich nicht klipp und klar zu dieser Frage geäußert hat. Die Schwierigkeiten, die einzelne Länder einem zonalen Finanzausgleich zur Erleichterung der Umsiedlung der Flüchtlinge gegenüber machen, zeigen deutlich, dass es ohne eine gesamtdeutsche Planung durch die kommende Bundesregierung nicht gehen wird.

In der Frage der Auswanderung befinden wir uns auf internationalem Feld noch im Stadium der Vorbereitungen. Vor abwicklung der Auswanderung der DP's, die im wesentlichen bis zum 1. Juli 1950 geschehen soll, ist mit einer nennenswerten Auswanderung deutscher Staatsangehöriger oder volkdeutscher Gruppen nicht zu rechnen. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Deutschen ist besonders gross in Chile. Sie wird grösser in Kanada, und es besteht die Aussicht, dass in zwei bis drei Jahren auch Australien eine grössere Anzahl von deutschen Auswanderern aufnehmen wird. Man darf aber die Auswanderungsmöglichkeiten nicht überschätzen.

Die entscheidenden Probleme werden in Deutschland selber gelöst werden. Die Haltung des kommenden Bundestages wird also von entscheidender Bedeutung sein. Die deutsche Presse gibt mit wenigen Ausnahmen kein Bild von der fortschreitenden Verelendung der Flüchtlinge. Es sieht für das Ausland manchmal so aus, als huldige man nach den unbezweifelbaren äusseren Erfolgen der Währungsreform einem ungerechtfertigten Optimismus, einem Optimismus, der, wie es scheint, auf Kosten der Vertriebenen geht. Es ist zu hoffen, dass nach den Wahlen an Stelle dieses Optimismus ein nüchterner Realismus tritt, der das Bundeparlament und die Regierung dazu bringen wird, auch innerhalb Deutschlands dem Flüchtlingsproblem den Vorrang Nr. 1 zu geben, den ihm das Ausland seit einiger Zeit zu geben bereit ist.

Rückversicherungen nicht exkommuniziert

E.A.M., Rom, im August

Als sich deutsche Kreise in Rom vor zwei Jahren wegen eines irreführenden Artikels im "Osservatore Romano" über die angeblich ausgezeichnete Ernährungslage in der französischen Zone Deutschlands an das vatikanische Staatssekretariat wandten, erhielten sie die Antwort, dass der "Osservatore Romano" nicht das offizielle Organ des Vatikans sei. Somit kommt einer Stellungnahme dieser Zeitung höchstens offiziöser Charakter zu. Immerhin bleibt die Tatsache, dass eine Reihe von Ausführungsbestimmungen zum Exkommunizierungsdekret des Vatikans, wie sie am 26. Juli im "Osservatore Romano" veröffentlicht wurden, einen sehr merkwürdigen Charakter tragen. Danach sind jene Katholiken vom Dekret nicht betroffen, die den Kommunismus mit "Stimmenabgabe bei der Wahl, mit Geldabgabe an die kommunistische Presse und in sozialen oder politischen Diskussionen unterstützen". Es erhebt sich die Frage, ob der Vatikan Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Gerade in Italien ist die Zahl der auf Rückversicherung bedachten Industriellen und Finanzleute seit Ende des Krieges beträchtlich. Antiklerikale Kreise machen dem Vatikan immer wieder zum Vorwurf, dass er auf der Seite der besitzenden Schichten stehe. Dies geschah zuletzt, als stark abschwächende Bestimmungen zur Agrarreform vom italienischen Ministerrat gebilligt wurden; denn es ist offenes Geheimnis, dass die Katholische Kirche der grösste Grundeigentümer in Italien ist.

Die Reaktion der kommunistischen Presse auf den unerwarteten Schritt des Vatikans wird allmählich lebhafter. Die "Unità" brachte den Originaltext einer vatikanischen Verurteilung der kopernikanischen Lehre aus dem Jahre 1573. Der "Avanti" zitiert Galileis angebliche Worte "Und sie bewegt sich doch" mit dem Kommentar Mazzinis in seinen Memoiren. Der bisher untergrundige Kampf, der gerade in Italien vom grossen Taktiker Togliatti geschickt und vorsichtig geführt wurde, ist damit offen auch auf der weltanschaulichen Ebene entbrannt. Es ist nicht sicher, ob die Zifferangaben Secchias auf der Arbeitstagung der Kommunistischen Partei während der letzten Tage zutreffen. Aber es steht fest, dass die offiziell mit 1,97 Millionen veröffentlichte Zahl kommunistischer Parteimitglieder (gegenüber 2,1 Mill. vor einem Jahr) sehr viel an Wahrscheinlichkeit für sich hat. Die Kommunistische Partei ist damit nach wie vor die stärkste politische Organisation in Italien. Innenminister Scelba hält zweifellos die staatlichen Ordnungskräfte in festen Händen. Aber ob die in Italien starken sozialen Kampfströmungen auf die Dauer allein mit weltanschaulichen und allein die Ordnung aufrecht erhaltenden Mitteln gebändigt werden können, erscheint vielen Beobachtern fraglich. Mit einer grosszügigen Geste des Verzichts auf Ländereien hätten der Vatikan oder die Katholische Kirche in Italien nach Ansicht unabhängiger Kreise mehr erreicht als mit dem Exkommunizierungsdekret, das nun auf die geldgebenden Rückversicherer keine Anwendung finden soll.

Deutsche Kreise in Rom, deren Zustimmung zum anfänglich so mutigen Schritt des Vatikans vorbehaltlos war, geben sich inzwischen grosse Mühe, den Vatikan zum Eintreten für die deutschen Kulturinstitute in Italien zu gewinnen. Die Tatsache, dass die wenigen bis-

10. August 1949

her noch beschäftigten Deutschen einen Kündigungsbescheid erhielten, hat alarmierend gewirkt. General Clay hatte den Vorschlag der mit der Verwaltung beauftragten alliierten Kommission, die Institute Deutschland endgültig fortzunehmen, zum Teil auf italienische Intervention hin unentschieden gelassen. Deutsche Befürchtungen, dass die alliierte Demontage- und Reparationspolitik nun auch vor den vier Instituten in Rom und Florenz nicht Halt machen könnte, sind durch Indiskretionen verschiedener Herkunft bestärkt worden. Es ist zu hoffen, dass der "Osservatore Romano" den Blick der katholischen Öffentlichkeit in aller Objektivität einmal auf diesen Punkt westeuropäischer Politik lenkt. Aber ob er es tut? (b/499/2/he)

Flüchtlinge in Ländern mit CDU-Mehrheit

(*sp) Man sollte meinen, die Häufung mehrerer guter und schätzenswerter Eigenschaften, wie sie in den Begriffen "christlich" und "demokratisch" zu sinnbildlichen Ausdruck kommen, müssten die Menschen, die so christlich und demokratisch zugleich sind, dass sie nicht umhin konnten, sich sogar zu einer so benannten Partei zusammenschließen, zu einer besonderen Art von Edelmenschen oder mindestens zu vollkommenen Menschen machen. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Die am stärksten mit Flüchtlingen belegten Länder der Westzonen sind Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In beiden Ländern ist die SPD die stärkste Partei, in beiden Ländern sind die Flüchtlinge zum weitaus größten Teil in den vorhandenen Wohnhäusern untergebracht worden, Massenunterkünfte sind zwar noch vorhanden, aber in einem zur Gesamtzahl der Flüchtlinge bescheidenen Umfang. Zudem sind sie in ständiger Abnahme begriffen.

In Bayern, das relativ weniger Flüchtlinge aufgenommen hat als Schleswig-Holstein und Niedersachsen, gibt es noch über 2.000 Massenunterkünfte. Südwürttemberg hat sich als einziges Land der französischen Zone zur Aufnahme von Flüchtlingen in bescheidenem Umfang bereit erklärt, Rheinland-Pfalz hat sie unter fadenscheinigen Gründen abgelehnt, Südbaden stellt unerfüllbare Bedingungen. Alle diese Länder hatten bisher eine starke christlich-demokratische Mehrheit. Die Flüchtlinge haben bisher von der im Beiwort "christlich" zum Ausdruck kommenden Haltung wenig gemerkt. (b/377/68/2he)

"Dolchstoß für die deutschen Sozialdemokraten"

(sp) Im Blatt der Unabhängigen Labour Party, dem "Socialist Leader", nimmt George Maranz, der soeben westdeutschland bereist hat, auch zu der englischen Demontagepolitik Stellung. "Was mich verrückt macht", schreibt der Verfasser, "ist der Dolchstoß gegen die deutschen Sozialisten, den Ernie Bevin am Vorend der Wahlen so kunstvoll geführt hat. Wenn Bevin von den Kommunisten für jeden Dienst bezahlt wurde, den er ihnen unwissentlich in Europa erweist, so war seine jüngste Pro-Demontage-Rede bare eine Million Pfund wert. Er lieferte den deutschen Kommunisten das beste Propagandamaterial und versetzte den deutschen Sozialisten einen schweren Schlag. Für den Internationalen Sozialismus hat er wahrscheinlich zwei Stimmen in England gewonnen, in Europa aber hat er ganz gewiss viele Tausende verloren, denn trotz der Ruinen und des Elends, trotz der Vertriebenen und ihrer Verzweiflung liegt Deutschland immer noch in Europa, Mr. Bevin." (m/342/108/1/he)

Erhard täuschte die Berliner

(Eigener Bericht), Berlin

Als Dr. Erhard Mitte Juni einen pompösen Besuch nach Berlin unternahm, haben ihm die zahlreichen Berliner, vor allem die Unternehmer, in ehrlicher Begeisterung umjubelt. Voller Schadenfreude klatschten sie Beifall, als dieser Vorkämpfer für eine freie und trotzdem "soziale" Marktwirtschaft, dieser Prophet einer allgemeinen Wirtschaftsgesundung, mit seinen demagogischen Reden die "sozialdemokratischen Wirtschaftsdiktatoren" Berlins scheinbar kurz und klein schlug. Wunderbar klangen ihnen auch die Versprechungen in den Ohren, die Erhard der Berliner Wirtschaft freigebig machte: Statt der verfluchten konsumtiven Zuschüsse an den Magistrat wollte Westdeutschland künftig gewaltige Beträge produktiver Kredite an die Berliner Wirtschaft geben. In grosszügiger Weise sollten die westdeutschen öffentlichen Stellen (z.B. Post und Bahn) und die privaten Unternehmer Aufträge an die Berliner Wirtschaft vergeben. Die Berliner Zentralbank sollte der westdeutschen Bankenorganisation eingegliedert werden. Und nicht zuletzt: Westdeutschland sollte ausser Fertigwaren vor allem in grossem Umfange Rohstoffe und halbfertige Waren an das Berliner Handwerk liefern.

Aber kaum hatte Erhard Berlin verlassen, begannen die vernünftigen Teile der Berliner Unternehmer ebenso nüchtern zu werden wie die kritischen Beobachter es von vornherein waren. Das böse Wort von den "faustdicken Versprechungen" wurde bald als nur allzu wahr erkannt. Auf die grosszügig versprochenen Aufträge aus dem Westen wartet die Berliner Wirtschaft bis heute vergebens. Auch von den versprochenen Krediten ist bisher kaum ein Pfennig gegeben worden, und hinter den prächtig klingenden Worten "produktiv statt konsumtiv" steckt, wie sich immer deutlicher zeigt, ein ganz anderes Wortpaar, nämlich "rückzahlbar und verzinslich", statt "a fonds perdu". Die Eingliederung der Banken in das westdeutsche Banksystem sollte offenbar nicht der Kredit-Erleichterung, sondern ausschliesslich dem Zwecke dienen, das verruchte öffentliche Banksystem Berlins mit privatwirtschaftlichen Bankinstituten zu durchsetzen. Und statt der Rohstoffe, die die freie Wirtschaft angeblich so gern nach Berlin liefert, sind bis heute überwiegend Fertigwaren hier eingetroffen - kein Wunder, denn an Fertigwaren kann der westdeutsche Lieferant viel verdienen und Fertigwaren können leichter als Massengüter die Transportkosten tragen. Um ein Problem, das für die Berliner Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, nämlich das starke Währungsgefälle von Ostmark zu Westmark, kümmert sich Herr Erhard nicht. Ebenso wenig berührt ihn offenbar die Tatsache, dass in Westberlin über 200.000 Menschen arbeitslos auf der Strasse liegen, dh. annähernd so viel wie im Krisenjahr 1931. Nicht nur diese zehn Prozent der westberliner Bevölkerung, sondern noch weit grössere Kreise haben inzwischen erkannt, dass Herr Erhard hinter der Maske eines freundlichen, beredsamen, biederem Fachmannes das Gesicht eines zynischen, kalten Parteipolitikers verbirgt. (fs/108/1/he)

Nüchterne Überlegungen

Bericht über ein aktuelles Gespräch

(sp) Ein deutscher Journalist, seit 1933 im Ausland tätig, ein Emigrant also, kam nach Deutschland, um den Wahlkampf und die Deutschen von heute zu studieren. Er stiess auf einen Anhänger der SPD, der erst seit 1945 der Partei nahe steht, von dem er wusste, dass er früher "rechts" gestanden war und er fragte diesen, was ihn "eigentlich" in die SPD geführt habe.

Drei Gründe nannte ihm der Gefragte: Erstens, weil ich Flüchtling bin und alles verloren habe. Ich will daher, weil ich am Krieg nicht mehr und nicht weniger schuld bin als alle anderen Deutschen, von denen etwas haben, denen der Krieg noch soviel gelassen hat, dass sie etwas abgeben können, ohne selbst die Existenzgrundlage zu verlieren. Das, glaube ich, nur mit der SPD zu erreichen. A priori möchte ich zum Beispiel der CDU nicht vorwerfen, dass sie nicht den guten Willen habe, ähnliches zu wollen. Aber sie ist in der Struktur ihrer Mitglieder gehandicapt. Sie hat unter ihren Mitgliedern solche, die etwas wollen, und andere, die etwas abzugeben haben. An die Einsicht derer, die etwas abzugeben haben, glaube ich nicht, ich will auch nicht von ihrer mehr oder weniger grossen Mildtätigkeit abhängig sein. Ich bin der Ansicht, dass sie nur durch entsprechende Gesetze zu dem gezwungen werden können, was ich mir vorstelle. - Ein Beispiel aus der Praxis, in welchem Dilemma die CDU steckt: Die SPD will den Lastenausgleich aus der Substanz, die CDU aus dem Sozialprodukt.

Zweitens: Die SPD war früher mit dem Vorurteil des "ärmlichen Rockes" behaftet. Dieses Vorurteil - ich gebe zu, dass ich es auch geteilt habe - besteht heute nicht mehr, weil das ganze deutsche Volk nach zwei verlorenen Kriegen den bürgerlichen Rock ablegen musste. Wo er noch getragen wird, ist er ein Schein, der die Wirklichkeit übertüncht und die Basis verfälscht, von der aus wir neu aufbauen müssen. Die SPD war realistisch genug, diesen Umwälzungen Rechnung zu tragen; die Konsequenz kommt, auf eine kurze Formel gebracht, in der These Dr. Schumachers zum Ausdruck, dass die SPD von der Arbeiterpartei zur Volkspartei werden müsse.

Drittens bin ich der Ansicht, dass der Wiederaufbau Deutschlands, die Überwindung des wirtschaftlichen Chaos, nicht ohne Planung vor sich gehen kann. Man hat für das zerschlagene Europa einen Marshall-Plan entworfen, man operiert überall in der Welt mehr oder weniger nach Entwürfen, warum sollte man auf der kleineren Basis Deutschland planlos wirtschaften können? Die SPD hat aus dem kommunistischen Beispiel gelernt. Aber sie wird, davon bin ich überzeugt, dafür sorgen, dass der beim Wiederaufbau aufgewendete Schweiß in erster Linie denen zugutekommt, die ihn aufbringen, und das ist die Masse der Arbeiter und Angestellten und das sind nicht diejenigen, die die Produktionsmittel in der Hand haben. Wie weit die SPD dabei in der Sozialisierung geht, überlasse ich getrost der Einsicht ihrer führenden Männer. Ich glaube, soviel Kredit können wir "Erben des Krieges" der SPD einräumen."

Der Journalist überlegt, dann meint er: "Geben Sie zu, dass Ihre Bindungen an die SPD, so wie Sie sie dargelegt haben, doch sehr flach und lose sind!"

Der Gefragte: "Ich gebe zu, dass dieser Eindruck entstehen kann und dass die genannten drei Beweggründe materiell scheinen. Aber sie gründen sich auf das Streben nach Gerechtigkeit und hier kommt die SPD dem einzelnen am weitesten entgegen. Das ist der durchaus ideelle Grundzug ihres Wesens. Er wird auch besonders deutlich in dem Kampf, den die SPD gegen die kommunistische Diktatur führt. Der Kampf um Berlin und um die Ostzone wäre ohne Erfolg geblieben, würde er nicht von einem Idealismus getragen, wie ihn heute keine andere Partei zu entwickeln imstande ist. Idealismus - auch bei einer Partei - ist nie auf nur eine Sache beschränkt. Dass er sich in diesem Falle am stärksten im Kampf gegen den neuen Totalitarismus demonstriert, ist nur ein Beweis dafür, dass die SPD erfasst hat, woher im Augenblick die grössere Gefahr droht. Es kann morgen schon anders sein."

Der Journalist, orthodoxer Marxist, ist nicht restlos überzeugt. Das Bild, das ihm hier entworfen wurde, passt nicht in den Rahmen, wie er ihn aus der Zeit vor 1933 kennt. Hätte er den Nationalsozialismus aus unmittelbarer Nähe, den Krieg im Schützengraben und die Nachkriegsjahre in Deutschland erlebt, dann würde er verstehen, dass die SPD heute anders aussieht als vor einer Generation, dass aber ihr Ziel über Generationen hinweg unverändert geblieben ist: denen zu helfen, die dieser Hilfe besonders bedürfen. (m/2/108/1/he)

=====

Das System des SED-Terrors

(sp) Nachstehend veröffentlichen wir im Auszug ein Dokument, aus dem hervorgeht, wie man jetzt in der Ostzone daran geht, mit typischen "volksdemokratischen" Mitteln Repressalien gegenüber den Personen zu ergreifen, die - wie es im ostzonalen Jargon heisst - "die ordnungsgemässe Durchführung der während der Wahl (gemeint ist die sog. Volksratswahl vom Mai ds. Jrs. D.Red.) ergangenen besonderen Wahlbestimmungen sabotiert" haben.

Es liegt eine Fotokopie dieses Schreibens vor. Die Orts- und Personennamen sind aus Gründen der Sicherheit für die Informanten fortgelassen. In dem von einem Landrat unterzeichneten Schreiben wird der Betreffende aufgefordert, "zwecks Vermeidung von Zwangsmassnahmen" im Dienstzimmer des Unterzeichneten zu erscheinen und "die geforderten Unterlagen und vertraulichen Angaben über das antidemokratische Verhalten derjenigen Bürgermeister, durch die die ordnungsgemässe Durchführung der während der Wahl ergangenen besonderen Wahlbestimmungen sabotiert wurde, mitzubringen". Dem Vorgeladenen wird in drohendem Tone "unverständliche Säunigkeit" vorgeworfen; im letzten Absatz wird schliesslich wörtlich gesagt: "Von Seiten der Kommandantur wird die Benennung dieser Ihnen durch Ihre Tätigkeit als Wahlleiter durchaus bekannten Personen zu Recht

10. August 1949

geshalb gefordert, weil gerade diese Elemente den Aufbau eines geeinten und demokratischen Deutschlands zu untergraben suchen. Diese Saboteure stellen nach Ansicht der Besatzungsmacht eine Bedrohung des so mühsam erarbeiteten Aufbaues der Ostzone dar, welcher im Interesse der Werktätigen und fortschrittlich gesinnten Bevölkerung gesichert werden muss."

Es folgen Stempel, Siegel des Kreises und Unterschrift des Mandrates.

Die CDU in der Ostzone

(sp) In ihrer Wahlpropaganda versucht die CDU, die Verantwortung für die Verhältnisse in der Ostzone der SPD zuzuschieben. Das hat u.a. auch Jakob Kaiser auf einer Tagung der Sozialausschüsse der CDU kürzlich in Düsseldorf getan, wobei er unter bewusst falscher Darstellung der tatsächlichen Gegebenheiten von "Überläufern der SPD" sprach. In Wirklichkeit zeichnen heute noch nicht weniger als neun CDU-Minister auf der Landesebene und vier CDU-Politiker in der zentralen Position der Deutschen Wirtschaftskommission verantwortlich für alles, was in der Ostzone geschieht. Es sind dies in Brandenburg: Ernst Stargardt (Justiz), Fritz Schwob (Arbeit und Sozialwesen); in Mecklenburg: Dr. Burmeister (Arbeit und Sozialwesen), Dr. Siegfried Witte (Wirtschaft); in Sachsen-Anhalt: Dr. Leo Herwegen (Arbeit und Sozialwesen); in Thüringen Wilhelm Bachow (Verkehr), Dr. Hiller (Versorgung und Landwirtschaft); in Sachsen: Gerhard Rohner (Finanzen) und Dr. Georg Knabe (Handel und Versorgung).

Der Deutschen Wirtschaftskommission, der zentralen Körperschaft in der sowjetischen Besatzungszone mit der Funktion der Ostzonen-Regierung, gehören folgende CDU-Mitglieder an: Luitpold Steidle (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Hans Reingruber (Leiter der Hauptverwaltung Verkehr), Hans Paul Gantner-Gillmann (Leiter der Hauptverwaltung Handel und Versorgung), sowie Dr. Dr. Helmut Bandt (Vizepräsident der Zentralverwaltung für Justiz). (t=B1/98/2/ke)

Nouvelles d'Allemagne

(sp) Nachdem der Vorstand der SPD bereits seit zwei Jahren ein englisches Bulletin herausgibt, ist jetzt auch die erste Nummer eines in französischer Sprache geschriebenen Mitteilungsblatts erschienen. "Nouvelles d'Allemagne" (Nachrichten aus Deutschland) wenden sich an Franzosen, die besonders an deutschen Problemen interessiert sind. In kurzen Artikeln und Berichten wird versucht, die Vorgänge und Entwicklungen in Deutschland vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu behandeln. Die erste Nummer enthält Beiträge über die "Europäische Einheit", "Sozialdemokratie und Grundgesetz", "Bericht über die Ostzone" und andere Artikel. (m/B1/108/1/ke)

Tendenziöser NWDR

=====

(sp) Allein im Monat Juli, also vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes, mussten beim NWDR sieben Proteste von massgebender sozialdemokratischer Seite gegen Mißstände in den Nachmittagssendungen erhoben werden.

Sie richteten sich einmal gegen die einseitige Bevorzugung des Standpunktes der Privatversicherungen in einem Funkgespräch über die Frage "Sozialversicherungen oder Privatversicherungen?" In einem zweiten Fall musste die SPD den Standpunkt vertreten, dass es nicht zugänglich sei, zu Problemen der Wohnungswirtschaft nur einen Vertreter der privaten Hausbesitzerinteressen sprechen zu lassen, ohne zumindest in einer weiteren Sendung auch den Standpunkt der staatlich und kommunal gelenkten Wohnungswirtschaft darzulegen. Ferner wurde gegen die tendenziöse Führung eines Interviews über die Berliner Schulreform protestiert. In diesem Fall, sowie bei einer weiteren Beschwerde, die sich gegen eine Kabarett-Sendung wandte, in der die parlamentarische Demokratie und ihr Wirken schlechtin lächerlich gemacht wurden, erkannte der NWDR die Berechtigung der von der SPD erhobenen Vorstellungen bereits an.

Drei weitere Proteste richteten sich gegen falsche bzw. fehlende Nachrichtengebung über politische Ereignisse aus dem Bereich der SPD. Hier gingen die SPD-feindlichen Tendenzen im Nachrichtendienst des NWDR teilweise so weit, wichtige Tatsachen zu verschweigen, während über entsprechende Ereignisse aus dem Leben anderer Parteien ausführlich berichtet wurde.

Die SPD misst einer solchen tendenziösen Nachrichtengebung ernsthafte Bedeutung bei. Sie ist nicht gewillt, weitere derartige Verstöße des Rundfunks gegen seine Pflicht zur Objektivität hinzunehmen.

Ernstes Mahnwort

=====

(sp) In einer Stellungnahme von Walter Dirks und Eugen Kogon zur Exkommunizierung katholischer Kommunisten findet sich in der August-Ausgabe der "Frankfurter Hefte" der bemerkenswerte Absatz:

"Schliesslich würde es unseres Erachtens zweifellos zur allseitig Wirksamkeit des Dekretes sehr beitragen, wenn die ebenfalls ipso facto als Sünde klar zutage liegenden, häufig überaus schweren oder sogar institutionell verfestigten Verstösse gegen die elementarsten Menschenrechte in nichtholschewistischen Herrschaftssystemen der Welt einmal besonders deutlich und spürbar gebrandmarkt würden. Die Kommunisten sind nicht par excellence Katholiken, aber manche Unterdrücker von Menschenrechten sind katholische Exzellenzen; wenn sie wirklich mehr Wert auf ihre katholische Substanz als auf ihre hervorragenden Funktionen legen, dann liessen sie sich vielleicht durch ein offenes Wort der über ihnen gültigen Autorität endlich einmal mehr beeinflussen, als durch sicherlich erfolgende, bloss stille und geduldige Ermahnungen. Ein derartiger Schritt wäre dann auch die klarste Widerlegung des Vorwurfes, die Kirchenführung messe mit verschiedenem Mass

Verantwortlich: Peter Raunau